

Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel

# Social Strategies

Monographien zur Soziologie und Gesellschaftspolitik

Monographs on Sociology and Social Policy

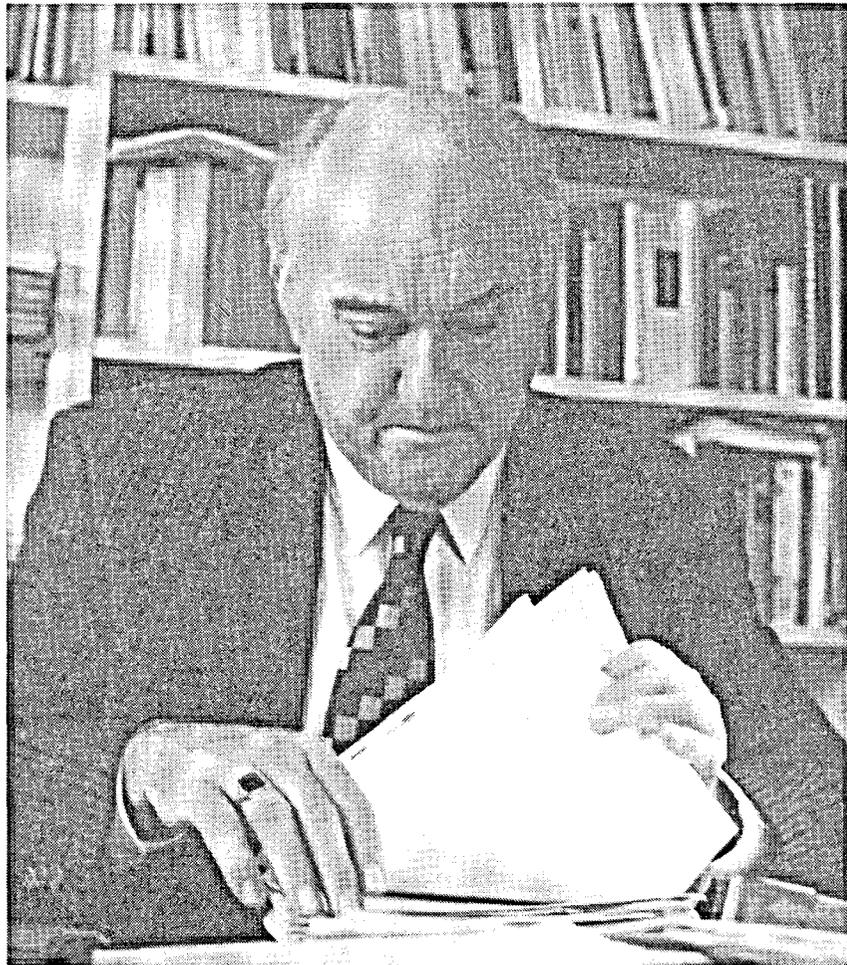
Vol. 35

Editor: Paul Trappe



Peter Lang

Bern • Berlin • Bruxelles • Frankfurt am Main • New York • Oxford • Wien



PAUL TRAPPE

Victoria Jäggi, Ueli Mäder und  
Katja Windisch (Hrsg.)

## Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel

Festschrift für Paul Trappe  
zum 70. Geburtstag



Peter Lang

Bern • Berlin • Bruxelles • Frankfurt am Main • New York • Oxford • Wien

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Entwicklung, Recht, sozialer Wandel** : Festschrift für Paul Trappe zum 70. Geburtstag / Victoria Jäggi ... (Hrsg.). – Bern ; Berlin ; Bruxelles ; Frankfurt am Main ; New York ; Oxford ; Wien : Lang, 2002  
(Social strategies ; Vol. 35)  
ISBN 3-906767-96-5

ISSN 1424-0467  
ISBN 3-906767-96-5

© Peter Lang AG, European Academic Publishers, Bern 2002  
Jupiterstr. 15, Postfach, 3000 Bern 15, Switzerland  
info@peterlang.com, www.peterlang.com, www.peterlang.net

All rights reserved.

All parts of this publication are protected by copyright.

Any utilisation outside the strict limits of the copyright law, without the permission of the publisher, is forbidden and liable to prosecution.

This applies in particular to reproductions, translations, microfilming, and storage and processing in electronic retrieval systems.

Printed in Germany

## Vorwort der Herausgeber

Liebe Leserinnen und Leser,

Die vorliegende Festschrift ist dem nunmehr siebzugährigen Soziologen Paul Trappe gewidmet. Sie enthält – nebst persönlichen Würdigungen und Gratulationen – Beiträge zur Entwicklungs- und Rechtssoziologie sowie zum Sozialen Wandel. Das sind die Arbeitsschwerpunkte von Professor Paul Trappe, der seit 1968 an der Universität Basel das Institut für Soziologie leitet.

Paul Trappe ist 1931 in Trier geboren. Er hat in Innsbruck, Paris, Freiburg i. Br., Frankfurt und Mainz Soziologie, Rechtswissenschaft und Philosophie studiert und 1959 in Mainz über „Die Rechtssoziologie Theodor Geigers“ promoviert. Als Richard F. Behrendt in Bern ein Institut für Soziologie und sozio-ökonomische Entwicklungsfragen aufbaute, holte er Paul Trappe als Wissenschaftlichen Assistenten in die Schweiz. Nach seiner Habilitation 1964 über „Die Entwicklungsfunktion des Genossenschaftswesens“ lehrte Paul Trappe in Bern, Basel (als Lehrstuhlvertreter) und Freiburg i. Br. 1966 erhielt er einen Ruf als ordentlicher Professor nach Kiel, 1968 nach Basel.

Paul Trappe forschte in südeuropäischen, vorderasiatischen und vor allem in afrikanischen Ländern. In Uganda war er als UNO-Berater tätig, in der Elfenbeinküste für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Er befasste sich u.a. mit agrarsoziologischen Fragen, mit Problemen von Minderheiten und dem sozialen Wandel südlich der Sahara, die er mehrmals abenteuerlich durchquerte.

Paul Trappe gründete (1975) die wissenschaftliche Buchreihe „Social Strategies“; er präsierte (1979-83) die Internationale Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie, engagierte sich (1980-96) in der bundesrätlichen Kommission für Entwicklungszusammenarbeit und amtierte (1994-2000) als Erster Vorsitzender des „Interdisziplinären Arbeitskreises für Entwicklungsländerforschung“ (IAfEF). 1999 übernahm Paul Trappe das Präsidium der „European Faculty for Land Use and Development“ (Strassburg). Die Europäische Fakultät befasst sich lösungsorientiert mit Problemen der Bodenordnung (v.a. im Prozess der Verstädterung), der Raumordnung und des Umweltschutzes. Sie

trägt auch dazu bei, die einschlägigen nationalen Gesetzgebungen zu harmonisieren. Die vielfältigen Beiträge der Festschrift und die zahlreichen Glückwünsche in der beigefügten Tabula dokumentieren die Interdisziplinarität und Internationalität von Paul Trappe, der sich stets neugierig für soziale Basisprozesse und lebensweltliche Fragen interessiert(e).

Paul Trappe ist ein Vertreter der „Verstehenden Soziologie“ Max Webers, die eine grundlegende historische und interkulturell vergleichende Ausrichtung hat. Diese Soziologie versteht sich als tragende Theorie und bewährte Grundlage der umfassend verstandenen Kulturwissenschaften. Die „Basler Tradition der Soziologie“ ist dieser Ausrichtung verpflichtet. Als bedeutende Vorgänger lehrten hier bereits Roberto Michels, Hermann Schmalenbach, Karl Jaspers, Edgar Salin und Heinrich Popitz.

Was Paul Trappe nebst anderem seit Jahrzehnten beschäftigt, ist die prekäre Lage vieler Entwicklungsländer. Sie hätte sich seiner Auffassung nach schon längst wesentlich verbessern lassen; beispielsweise mit Hilfe tragfähiger Genossenschaften, mit mehr Vertrauen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft und mit einer Entwicklungshilfe, die das Kleingewerbe stärkt. Paul Trappe plädiert dafür, bei Entwicklungsprozessen vorgegebene Sozialstrukturen zu berücksichtigen und an Vorhandenes anzuknüpfen. Er betont, wie wichtig verlässliche Rahmenbedingungen sind. Wirtschaftliche, rechtliche und politische Verbindlichkeiten tragen dazu bei, den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Das hat Paul Trappe unzähligen Studierenden vermittelt. Er hat den Werdegang vieler Soziologinnen und Soziologen geprägt, die ihm verbunden bleiben. Etliche lehren inzwischen in aller Welt. Mehrere „Ehemalige“ kommen auch im vorliegenden Band zu Wort. Zu ihnen gehört Ralph Lewin, der als Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt das Wirtschafts- und Sozialdepartement leitet.

An dieser Festschrift haben sich mit Beiträgen beteiligt Schüler, Kollegen und Vertreter des öffentlichen Lebens, zu denen Paul Trappe engere fachliche Verbindungen hatte und denen er sich verbunden fühlte. Wir danken allen Autorinnen und Autoren für ihre anregenden Artikel. Die Studentinnen Susanne Hoerni und Tanja Zangger formatierten die Texte. Michael Würtenberg stellte die Fotografie zur Verfügung. Die Bank Sarasin, COOP Schweiz, die Schweizerische Nationalbank Basel-Stadt, die Fachhochschule für Soziale Arbeit beider

Basel und einzelne Privatpersonen beteiligten sich an den Herstellungskosten. Wir danken allen, die zu dieser Festschrift beigetragen haben, und wünschen Herrn Professor Paul Trappe und Ihnen, werte Leserinnen und Leser, viel Freude an der Lektüre.

Während der Herstellung dieses Bandes entschlief an einem Herzversagen unser getreuer, hochbegabter und ebenso verdienter Kollege, Lehrer – und Schüler von Paul Trappe, Professor Dr. Klaus Schrape (21.9.1946-29.9.2001). Sein Beitrag in diesem Bande wird so zu einem letzten Zuruf an uns alle, die dem Institut für Soziologie und dem Fach der Soziologie schlechthin, in Basel und weit darüber hinaus, nahe stehen. Sein früher Tod hat uns schwer getroffen. In seinem herausragenden Oeuvre wird Klaus Schrape weiterleben. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit.

Basel, im Herbst 2001

Die Herausgeber:

Victoria Jäggi  
Ueli Mäder  
Katja Windisch

UELI MÄDER

## Für eine solidarische Gesellschaft

Unbestritten ist das Ziel, soziale Sicherheit für alle Menschen zu erreichen. Aber wie? Diese Frage wird im Kontext der Individualisierung unterschiedlich beantwortet. Die einen setzen beispielsweise bei der Armutsbewältigung mehr auf private, andere auf staatliche Anstrengungen. Kontrovers beurteilen sie, was zur persönlichen und zur gesellschaftlichen Verantwortung gehört. Das zeigt sich auch in der Debatte über die Subsidiarität und Solidarität. Meine Aussagen dazu beziehen sich auf die Selbsthilfe sozial Benachteiligter (in der Schweiz). Mich interessiert, wie sich die Selbsthilfe fördern lässt, ohne die Beteiligten mit Aufgaben zu überlasten, die strukturell zu bewältigen sind. Das ist eine Frage, mit der sich auch Paul Trappe immer wieder befasst hat. Wir diskutierten sie am SASE-Kongress über Kommunitarismus, der 1997 an der Universität in Montreal stattfand. Ich skizziere hier, warum ich die Subsidiarität und Solidarität für komplementäre Konzepte der Armutsbewältigung halte.

### 1. Sozialer Wandel

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten in der Schweiz breite Bevölkerungskreise eine materielle Besserstellung. Seit den rezessiven Einbrüchen der siebziger Jahre hat jedoch die Erwerbslosigkeit phasenweise zugenommen. Zudem halten Teile der unteren Löhne mit den steigenden Lebenshaltungskosten (für Gesundheit, Wohnen und Nahrung) nicht Schritt. Dadurch geraten mehr Menschen unter das Existenzminimum, wie es durch den Ansatz der Ergänzungsleistungen (für Rentner/innen) definiert ist.<sup>1</sup> Fast zehn Prozent der Bevölkerung bewegen sich unter dieser Armutsschwelle. Auch gibt es immer mehr

---

<sup>1</sup> Das sind bei einer Einzelperson – nach Abzug von Wohn- und Gesundheitskosten – monatlich rund 1'400 Franken (Stand 2001).

Alleinlebende und Alleinerziehende, die Unterstützung benötigen, was zu Problemen führt. Denn das schweizerische System der sozialen Sicherheit ist zwar relativ gut ausgebaut; es orientiert sich jedoch an Voraussetzungen, die nur beschränkt zutreffen.

Wir haben weder Vollbeschäftigung mit existenzsichernden Löhnen, noch mehrheitlich klassische Familienhaushalte, in denen Mutter, Vater und Kind(er) zusammenleben. Der Rückgang familiärer und verwandtschaftlicher Bande führt dazu, dass soziale Institutionen mehr Aufgaben übernehmen. Sie sehen sich durch die Budgetdefizite der öffentlichen Haushalte gezwungen, mit teilweise weniger Subventionen grössere Probleme zu bewältigen. Der Bund und die Kantone versuchen, mehr Aufgaben an die Gemeinden und an private Einrichtungen abzugeben. Da zeigt sich, wie aktuell die Debatte über Subsidiarität und Solidarität ist.

## 2. Subsidiarität und Solidarität

Das Prinzip der Subsidiarität findet sich u.a. in der katholischen Soziallehre begründet, auf die uns Paul Trappe schon im ersten Semester des Soziologiestudiums aufmerksam gemacht hat. In der „Enzyklika Quadragesimo Anno“ beschreibt Papst Pius XI. (1931) diesen „Grundsatz des hilfreichen Beistandes“: Was der Einzelne selber leisten kann, soll ihm nicht entzogen und der Gesellschaft übergeben werden. Auf die Subsidiarität beziehen sich recht unterschiedliche Handlungsanleitungen. Vereinfacht gesagt: Die Sozialhilfe benutzt das Prinzip, um mehr Unterstützungsleistungen an private Träger zu delegieren. Neoliberale Politiker/innen wollen sozialstaatliche Ausgaben einschränken und die Marktkräfte stärken. Konservative plädieren mit der Subsidiarität dafür, traditionale Gemeinschaften zu festigen. Grüne Alternative möchten die Freiräume für neue Formen der Geborgenheit erweitern. Sozialdemokraten betonen, wie wichtig staatliche Vorleistungen sind, um Selbsthilfe zu ermöglichen. Der (1991 verstorbene) Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning<sup>2</sup>, den Paul Trappe sehr

2 Nell-Breuning wurde am 8.3.1890 in Trier geboren, studierte Theologie und Volkswirtschaft, wurde 1921 Priester, erhielt 1928 einen Lehrstuhl in Sankt Georgen, wirkte 1931 als Berater von Papst Pius XI. an der Formu-

schätzt, nimmt in der Debatte eine zentrale Stellung ein. Er verknüpft die Subsidiarität mit der Solidarität. Soll es dem Ganzen gut gehen, dann muss es allen Teilen gut gehen, lautet sein Grundsatz, der auch umgekehrt gilt: Soll es den Einzelnen gut gehen, dann muss das Ganze in gutem Befund sein.

Solidarität bedeutet nach Nell-Breuning (1980) Zusammengehörigkeit, Verbundenheit, Gemeinsinn.<sup>3</sup> Im Kern verweist das Solidaritätsprinzip auf die Notwendigkeit, die Gesellschaft in erster Linie auch als Gefüge gegenseitiger Abhängigkeiten der sie konstituierenden Subjekte zu betrachten (Hillmann 1994:793). Armutsdebatten beziehen sich oft darauf. Unter Armut verstehe ich hier zunächst einen Mangel an sozialer Sicherheit. Der Begriff „neue Armut“ meint, dass heute auch Menschen, die gut qualifiziert und situiert sind, auf Grund veränderter Lebensbedingungen in eine Notlage geraten können: durch Scheidung, Krankheit oder Sucht. Psycho-soziale und psychische Probleme stehen hier im Vordergrund. Von Selbsthilfegruppen wird erwartet, dass sie die soziale Integration fördern.

## 3. Beispiel Selbsthilfe

In Selbsthilfegruppen schliessen sich Personen zusammen, die von ähnlichen Problemen betroffen sind und sich gegenseitig helfen. Thomas Mächler (1994), ein ehemaliger Student von Paul Trappe, hat

---

lierung der Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ mit, hatte von 1936 bis 1945 Schreibverbot, wurde 1944 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, war von 1948 bis 1965 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium, wurde 1980 vom Deutschen Gewerkschaftsbund mit dem Hans-Böckler-Preis ausgezeichnet, wehrte sich gegen den Abbau von Mitbestimmung bei Mannesmann und anderen Firmen, hielt bis zu seinem 96. Lebensjahr regelmässig Vorlesungen, wie einem Bericht von Lothar Schanz (in den Luzerner Neuesten Nachrichten vom 7.3.1990 zum 100. Geburtstag von Nell-Breuning) zu entnehmen ist.

3 Eine ausführliche Herleitung des Wortes „Solidarität“ findet sich bei Hans Saner (1997:88ff.), der zum Schluss kommt, dass es keine allgemein verbindliche Auslegung gibt. Auch Heinz Kleger (1997:100ff.) zählt zu den drei konzeptionellen Wurzeln der Solidarität nebst der republikanischen und sozialistischen explizit die katholische.

ein nationales Forschungsprojekt zur „Selbsthilfe wirtschaftlich Schwacher“ geleitet. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass der gemeinsame Austausch die Identität der Beteiligten fördert, die sozialen Beziehungen stärkt und die individuellen Strategien zur Lebensbewältigung verbessert. Ob eine Renaissance der Selbsthilfe möglich ist, hängt auch davon ab, wie staatliche Einrichtungen die Selbsthilfe unterstützen.

In der Stadt Basel (190'000 Ew.) ist zu Beginn der achtziger Jahre – auf private Initiative hin – ein Selbsthilfezentrum entstanden. Das Zentrum versteht sich als Anlaufstelle für kranke und behinderte Menschen. Es regt die Bildung von Selbsthilfegruppen an (Vogelsanger 1995). Heute bestehen – ohne die Grauen Panther, die 1'500 Mitglieder zählen – 140 Gruppen mit über 2'000 Mitgliedern. Der Staat übernimmt einen Teil der Raum- und Lohnkosten. Seit 1992 hat sich die Zahl der Personen, die das Zentrum benutzen, fast verdoppelt. Auf 1'400 Einwohner/innen gibt es in Basel nun mindestens eine Selbsthilfegruppe. Damit weist die Stadt im schweizerischen Vergleich das dichteste Selbsthilfe-Netz auf. Ohne diese Gruppen wäre der Anteil der Personen, die stationär betreut werden müssen, wesentlich höher. In der Schweiz (7 Mio. Ew.) wurden in den letzten zwanzig Jahren über tausend weitere, offiziell registrierte Selbsthilfegruppen gegründet. Sie verteilen sich auf sechzehn neue Selbsthilfezentren, in denen je zwei bis drei Sozialarbeiter/innen für die Koordination zuständig sind. Hätten alle Selbsthilfegruppen eine professionelle Leitung, würde das jährlich rund sechzig Millionen Franken kosten. Aber das ist nicht nötig, da sich die Gruppen weitgehend selber organisieren. Selbsthilfegruppen sind ein unternehmerischer Glücksfall. Basel-Stadt subventioniert sie jährlich mit zweihunderttausend Franken. Diese „Investitionen“ haben eine hohe Wertschöpfung. In Selbsthilfegruppen nehmen sich Menschen viel Zeit für Gespräche. Bei professionellen Dienststellen ist der Andrang oft so gross, dass die Beratung zu kurz kommt.

#### 4. Aktuelle Debatte

Selbsthilfegruppen lassen sich nach der Basler Armutsstudie (Mäder et al. 1991), die Paul Trappe begleitet hat, anregen, aber nicht verordnen. Sie leben von der Freiwilligkeit und haben eine wichtige Integrationsfunktion. Wenn der Staat seine sozialen Ausgaben kürzt, kann er aber nicht davon ausgehen, dass einfach mehr Selbsthilfegruppen entstehen. Wer sich selbst überlassen bleibt, zieht sich häufig zurück oder flüchtet nach vorn. Die Reaktion ist wenig zielgerichtet und selten erfolgreich. Sie führt zu Isolation und Erschöpfung.

Nell-Breuning (1980) vertritt die Auffassung, dass die Subsidiarität die Solidarität voraussetzt. Er betont die Pflicht der Gemeinschaft, ihren Mitgliedern hilfreich zu sein. Das erfordert keine abwartende Haltung. Hilfe ist auch eine Investition, die es den Menschen ermöglicht, sich selber zu helfen. Menschen sind soziale Wesen. Ohne Gemeinschaft können sie kaum existieren. Die Gesellschaft erbringt den Individuen Vorleistungen. Materielle Sicherheiten tragen dazu bei, Handlungsräume (für Armutsbetroffene) zu erweitern.

Der soziale Austausch in Selbsthilfegruppen kann den Beteiligten mehr Rückhalt verleihen und die Chance erhöhen, einen neuen Arbeitsplatz oder eine geeignete Wohnung zu finden. Aber die ideellen Vorzüge einer Selbsthilfegruppe reichen selten aus, um die steigenden Lebenskosten zu begleichen. Die Folgen struktureller Veränderungen fordern die Solidarität der ganzen Gesellschaft. Zudem sind in Selbsthilfegruppen Angehörige der Mittelschichten besonders vertreten. Diese Aussage gilt aber nur für hochindustrielle, individualisierte Gesellschaften. Armut verbirgt sich hier oft hinter verschlossenen Türen. Wer betroffen ist, versucht das zu verstecken. Die verbreitete Annahme, dass alle sozial aufsteigen können, wenn sie wirklich wollen, verstärkt die Scham jener, die es nicht schaffen. Schuldgefühle führen dazu, den Druck gegen sich selbst zu richten oder auf andere abzuwälzen, die ebenfalls benachteiligt sind. Das behindert die Solidarität untereinander.

Ich betrachte die materielle Existenzsicherung als gesellschaftliche Aufgabe. Staatliche Verpflichtungen tragen auch dazu bei, regionale und kommunale Unterschiede zu vermindern. Neue Formen Armut lassen sich aber nicht einfach finanziell oder bürokratisch beheben. Die Integration von sozial Benachteiligten erfordert – nebst wirt-

schaftlichen Massnahmen (Investitionen in neue Arbeitsplätze etc.) – erhebliche persönliche Anstrengungen, die sich durch so genannte „kleine Einheiten“ unterstützen lassen. Dazu gehören Selbsthilfegruppen sowie tragfähige Nachbarschafts-, Quartiers- und Gemeindestrukturen. Was die „kleinen Einheiten“ tun können, soll ihnen nach dem Subsidiaritätsprinzip belassen bleiben. Wenn sie jedoch durch sozialstaatliche Einrichtungen von der materiellen Existenzsicherung entlastet werden, können sie sich gezielter auf ihre integrativen Aufgaben konzentrieren. Da liegen die besonderen Chancen der „kleinen Einheiten“.

## 5. Soziale Sicherung

Der Gedanke der Subsidiarität ist in der Schweiz recht gut verankert. Die Selbsthilfe hat bereits eine lange Tradition. Ich erinnere an vielfältige genossenschaftliche Einrichtungen, mit denen sich Paul Trappe seit Jahren auseinandersetzt. Derzeit verbreiten sich auch Projekte der „Sozialen Ökonomie“, die im direkt produktiven Sektor die Selbstorganisation verstärken. Diese Versuche sind vielversprechend, aber kein Ersatz für sozialstaatliche Verantwortung.

Eine Verlagerung von der staatlichen zur privaten und marktmässig organisierten Hilfe könnte die soziale Sicherung gefährden und die sozialen Unterschiede erhöhen. Wer auf die individuelle Hilfe baut, muss damit rechnen, dass sie erst kommt, wenn desintegrative Prozesse schon vorangeschritten sind. Wichtig ist daher ein komplementäres Verhältnis zwischen der Subsidiarität und einer Solidarität, die rechtliche Ansprüche garantiert. Der Staat soll die soziale Sicherung gewährleisten und initiativ darauf hinwirken, private Akteure einzubeziehen. Die Subsidiarität bedeutet nach meinem Verständnis nicht Rückzug des Staates. Sie trägt vielmehr dazu bei, die Solidarität breit abzustützen, auf die sie angewiesen ist. Die Selbsthilfe kommt dort zum Tragen, wo eine solide soziale Infrastruktur vorhanden ist. Die nationale „Studie über die Selbsthilfe wirtschaftlich Schwacher“ (Mächler et al. 1994), die sich kritisch mit Folgen der Individualisierung befasst, bestätigt das.

Die Individualisierung bedeutet Vereinzelung. Sie erweitert teilweise auch persönliche Handlungsräume. Für mich ist es verständlich, wenn

Menschen die „Kuhstallwärme der Gemeinschaft“ (Theodor Geiger) verlassen und sachlich-distanzierte Sozialbeziehungen der engen sozialen Kontrolle vorziehen. Vielleicht fördert die Erfahrung der Anonymität allmählich die Bereitschaft, wieder verbindlichere Bande und neue soziale Netze zu knüpfen. Ich halte das für möglich, möchte mich aber nicht darauf verlassen.

Die zunehmende Pluralität der Lebensformen kompliziert auch die Problemlagen. Oft passen die Armutsfälle nicht mehr in die bestehenden Kategorien der sozialen Sicherung. Notwendig ist daher ein soziales Netz, das alle auffängt, die Hilfe brauchen. In der Basler Armutsstudie (Mäder et al. 1991:657ff.) diskutieren wir Konzepte eines Garantierten Grundeinkommens. Ein Vorschlag geht dahin, die Ergänzungsleistungen, die derzeit für Rentner/innen vorgesehen sind, auf Alleinerziehende und weitere Haushalte auszuweiten, die über zuwenig Einkommen verfügen. Nach Berechnungen von Martino Rossi (1995:7ff.) würde das jährlich etwa vierhundert Franken pro Kopf der Bevölkerung kosten und die Einrichtungen der Fürsorge von der Sachhilfe entlasten. Nach meinem Dafürhalten sollte sich die Schweiz diese Ausgaben erlauben können. Sie gibt derzeit rund einen Fünftel ihres Brutto-Inlandproduktes für Sozialleistungen aus und liegt damit fünf Prozent unter dem Durchschnitt der Länder der Europäischen Union. Die soziale Sicherung ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch des politischen Willens. Die vorgeschlagene Ausweitung der Ergänzungsleistungen könnte mehr Menschen Rückhalt geben und in die Lage versetzen, sich zu engagieren – für sich und andere.

## 6. Kommunitäre Individualität

Auch Autonomie und Solidarität scheinen konträre Prinzipien zu sein. Sie erfordern sich aber gegenseitig. Die persönliche Freiheit setzt soziale Gerechtigkeit voraus. Und umgekehrt. Die sozialphilosophische Dogmengeschichte stellt das Individuum der Gemeinschaft und Gesellschaft gegenüber. Es scheint eine unabhängige Einheit zu sein, die über einen freien Willen verfügt und sich selbst Massstäbe setzt. Das Individuum wird aber erst durch die Gesellschaft zu dem, was das soziale Wesen ausmacht. Die individualistische Selbstverantwortung

geht davon aus, dass es prinzipiell allen möglich ist und zugemutet werden kann, für sich zu sorgen. Sie orientiert sich am Leitbild selbständiger Menschen. Diese nehmen ihr Schicksal in die eigenen Hände. Sie sind leistungsfähig und schätzen den Wettbewerb als Ansporn zu höheren Leistungen. Wo ein Wille vorhanden ist, ist aber nicht immer ein Weg. Menschen sind auf Unterstützung angewiesen. Es ist manchmal selbst unter günstigen Bedingungen schwierig, sich selber zu helfen. Die solidarische Selbsthilfe umfasst Konzepte einer ökologischen Sozialpolitik, die in der Tradition früher Sozialutopien eine weitgehende Selbstorganisation proklamieren. Der Staat soll die soziale Infrastruktur fördern und auf vereinnahmende Kontrolle verzichten. Die solidarische Selbsthilfe verlangt auch Bereitschaft zur Verantwortung. Sie bedeutet – im Sinne des „engagement“ und „commitment“ – Verpflichtung und Verbindlichkeit.

Die aktuelle Kommunitarismus-Debatte befasst sich mit dem Zusammenhang von Individualisierung und Solidarität. Die Kritik am extremen Liberalismus und dem sozial entpflichteten Individualismus fordert einen neuen Gemeinsinn mit zivilgesellschaftlicher Bürger/innen-Tugend und starken, eigenwilligen, aber sozial eingebundenen und verknüpften Individuen. Heiner Keupp (1997:133ff.) verwendet dafür den Begriff „kommunitäre Individualität“. Die individuelle Lebensgestaltung verknüpft sich mit sozialer Verantwortung. Die persönliche Entscheidungsfreiheit realisiert sich in einem kommunitären Netz, das Risiken mindert und damit Freiräume ermöglicht.

Zur Identität der pluralistischen Gesellschaft gehört das „reflexiv-kommunitäre Ich“ (Keupp ebd.), das sich vom proteischen und fundamentalistischen Selbst unterscheidet. Zum proteischen gehört die stets „fitt Person“. Sie sucht keinen persönlichen Kern, legt sich nie fest, trainiert sich Fähigkeiten an (Corporate Fitness), hält sich ans „Lean- und Body-Management“, geht in die Breite, statt in die Tiefe. Zum Identitätsangebot des proteischen Selbst gehört auch die Person mit multioptionalen Lebenschancen. Sie geht davon aus, dass alles in ihrer Hand liegt, auch das Reich der Freiheit. Die Kehrseite derselben Münze bildet das sich selbst kontrollierende Subjekt. Es hat sich scheinbar von allen Zwängen und Ausreden befreit, übernimmt die Verantwortung für alles, propagiert die perfekte Welt – durch Selbstkontrolle. Das fundamentalistische Selbst setzt auf die ewigen Wahrheiten der menschlichen Existenz. Es paart sich mit dem nationalen

Grössenselbst. Das reflexiv-kommunitäre Selbst versteht sich teilweise als kommunitaristische Alternative zum liberalistischen. Es lehnt die Fiktion eines ungebundenen Selbst ab. Das autonome Subjekt setzt die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog voraus.

Die oft idealisierte Pluralisierung beinhaltet meines Erachtens immerhin die Chance, dass sich mit der Erfahrung der grösseren Vielfalt ein Selbstverständnis verbreitet, das Differenzen respektiert. Die ambivalente Identität lässt Widersprüche zu, ohne in Beliebigkeit abzudriften. Die Akzeptanz einer Differenz, die nicht auf Spaltung angelegt ist, dynamisiert auch Prozesse der Entwicklung. Sie kann gefährlich ausgrenzende Homogenisierungen verhindern, die Identität als etwas verstehen, das sich von oben und für alle verordnen lässt. Ich plädiere deshalb dafür, deutlich Abstand zu deckungsgleichen Identitätsvorstellungen zu halten. Sie verkennen, dass Identität gerade dort zustande kommt, wo Widersprüche zugelassen sind.

## Literatur

- Hillmann, Karl-Heinz, Wörterbuch der Soziologie, Kröner, Stuttgart 1994.
- Keupp, Heiner, „Identitätsbeziehungen nach dem Ende der Metaerzählungen“, in: Silvia Grossenbacher et al., Schule und Soziale Arbeit in gefährlicher Gesellschaft, Haupt, Bern 1997, S. 133-149.
- Keupp, Heiner, Der Mensch als soziales Wesen, Piper, München 1995.
- Kleger, Heinz, „Solidarität als moderne Kohärenzkraft“, in: Georges T. Roos 1997, S. 100-110.
- Mächler, Thomas et al., Selbsthilfe wirtschaftlich Schwacher, Haupt, Bern 1994.
- Mäder, Ueli, Subsidiarität und Solidarität, Social Strategies, Ed. Paul Trappe, Lang Verlag, Bern 2000.
- Mäder, Ueli, Biedermann, Franziska, Fischer, Barbara, Schmassmann, Hector, Armut im Kanton Basel-Stadt, Social Strategies, Vol. 23, Ed. Paul Trappe, Basel 1991.
- von Nell-Breuning, Oswald, Gerechtigkeit und Freiheit, Grundzüge katholischer Soziallehre, Katholische Sozialakademie, Wien 1980.
- Roos, Georges T., Wozu noch Solidarität?, Scherz Verlag, Bern 1997.
- Saner, Hans, „Solidarität – aber welche?“, in: Georges T. Roos 1997, S. 88-100.
- Rossi, Martino, Sartoris Elena, Ripensare La Solidarietà, Istituto di Ricerche Economiche, Bellinzona 1995.

Trappe, Paul, „Gemeinschaft – Gesellschaft – Person. Sozialer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert“, in: Akademie Deutsch-Italienischer Studien 1997, S. 253-271.

Vogelsanger, Vreni, Selbsthilfegruppen brauchen ein Netz, Seismo, Zürich 1995.

## CURRICULUM UND PUBLIKATIONEN